

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Federführender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Drucksachen-Nr. 168/2005				
<table border="1"><tr><td>X</td><td>Öffentlich</td></tr><tr><td></td><td>Nicht öffentlich</td></tr></table>		X	Öffentlich		Nicht öffentlich
X	Öffentlich				
	Nicht öffentlich				
Mitteilungsvorlage					
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum				
Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann	07.04.2005				

Tagesordnungspunkt 3

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 15.02.2005

Inhalt der Mitteilung:

@->

Zu TOP 7 - Umsetzung Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitssuchende - hier: Bildung einer Kooperationsgemeinschaft "Kooperation Arbeit und Soziales Rhein-Berg" zum 01.07.2005 (70/2005) – öffentlicher Teil

Die Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann haben in ihrer Sitzung am 15.02.2005 folgende **Beschlussfassung** durch den Rat empfohlen

mehrheitlich bei Enthaltung aller Mitglieder der CDU-Fraktion:

- 1. Der Bildung der Kooperationsgemeinschaft „Kooperation Arbeit und Soziales Rhein-Berg“ zum 01.07.2005 sowie dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages wird zugestimmt.**

mehrheitlich bei drei Enthaltungen aus der CDU-Fraktion:

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Sozialausschuss fortlaufend über die Umsetzung zu berichten.**

mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion:

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann regelmäßig über die frauenspezifischen Aspekte der Umsetzung zu berichten.**

mehrheitlich bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion:

- 4. Die Einrichtung eines Beirates unter frauenpolitischer Beteiligung wird empfohlen.**

Die Beschlussfassung des AGFM wurde den Fachausschüssen und dem Rat zu den jeweiligen Sitzungen bekannt gegeben.

Der Hauptausschuss ist in seiner Sitzung am 08.03.2005 den Beschlussempfehlungen zu 1., 2. und 3. inhaltlich gefolgt und hat darüber hinaus folgenden **Zusatz zu Ziffer 1. beschlossen:**

Ergänzend ist in einem „letter of intent“ die Auffassung des Hauptausschusses darzustellen, dass die Bildung eines Beirates im Hinblick auf eine sachgerechte Umsetzung des SGB II für dringend notwendig erachtet und daher für unverzichtbar erklärt wird.

Im Rahmen der Beratung im Hauptausschuss wünschte Frau Kreft die Ergänzung „unter frauenpolitischer Beteiligung“ im „letter of intent“. Hiergegen hatte Herr Bürgermeister Orth keine Bedenken. Die genannte Ergänzung war Bestandteil des in der Ratssitzung am 17.03.2005 von Herrn Bürgermeister Orth verlesenen „letter of intent“.

Zu TOP 8 – Themenplanung (75/2005) – öffentlicher Teil

In der Sitzung am 15.02.2005 wurden durch die Ausschussmitglieder die zu beratenden Themen nach Priorität ermittelt.

Die Themenliste liegt dem Frauenbüro vor und wird im Rahmen der kommenden Sitzungen berücksichtigt.

<-@